

**A n t r a g**  
**(Alternativantrag)**

**der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu dem Antrag der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und  
der SPD**  
**- Drucksache 5/5977 -**  
**Bosch-Arbeitsplätze in Arnstadt erhalten**

**Solarwirtschaft stärken - Produktionsstandort am Erfurter Kreuz erhalten**

- I. Die Landesregierung wird aufgefordert,
  - a) sich zu Thüringen als Produktionsstandort für Photovoltaik zu bekennen und an dem Ziel festzuhalten, dass die Solarbranche ein strategisch wichtiger Industriezweig für das Land ist;
  - b) das Industriegebiet Erfurter Kreuz als Produktionsstandort von Solarstrommodulen bzw. als GreenTech-Standort weiterzuentwickeln;
  - c) sich in den Gesprächen mit Bosch dafür zu verwenden, dass betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden;
  - d) potentielle Investoren optimal zu unterstützen;
  - e) die zuständigen Stellen dabei zu unterstützen, die zur Verfügung stehenden Instrumente des Arbeitsmarktes im Interesse der 1.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Bosch Solar Energy, die von der Entlassung bedroht sind, schnell und hoch flexibel zu koordinieren.
  
- II. Die Landesregierung soll sich bei einem nationalen Solargipfel dafür einsetzen,
  - a) ein zukunftsfähiges Konzept zu entwickeln, wie die öffentliche Forschungs- und Entwicklungsförderung für die Photovoltaikindustrie wirkungsvoll weiterentwickelt werden kann, damit Deutschland weiter ein wichtiger Innovationsmotor der Branche bleibt;
  - b) ein einheitliches Vorgehen öffentlicher Kapitalgeber wie der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Europäischen Investitionsbank (EIB) zu erwirken, um kapitalintensive Innovationsinvestments koordiniert öffentlich zu unterstützen;
  - c) gemeinsame Vermarktungsstrategien für Solarprodukte unter einem Label zu vereinbaren, die an einheitliche Umwelt-, Qualitäts- und Sozialstandards gebunden sind;
  - d) das Photovoltaik-Cluster in der Forschung und Entwicklung sowie Produktion, Vermarktung und politischen Kommunikation schlagkräftiger zu entwickeln und auf die Bundes- bzw. europäische Ebene zu heben.

III. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Landtag fortlaufend über den Stand der Antidumpingklage von EU Pro Sun zu berichten. Bereits zu einem vorläufigen Urteil wird eine Bewertung und Positionierung durch die Landesregierung und als Reaktion darauf eine mitteldeutsche Initiative auf Bundesratsebene erwartet.

**Begründung:**

Die Photovoltaikindustrie ist ein wichtiger Teil der Erneuerbare-Energien-Branche und hat sich neben verschiedenen Standorten in Mitteldeutschland auch am Erfurter Kreuz etabliert. Sie ist industriepolitisch zukunftssträchtig, da der Ausbau der Erneuerbaren Energien trotz derzeitiger politischer Fehlentscheidungen von Schwarz-Gelb im Bund weiter geht. Die durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) der rot-grünen Bundesregierung als Bestandteil der Energiewende und des Atomausstiegs seit 2000 ausgelöste Nachfrage nach Solarstrommodulen hat die Wirtschaft beflügelt und besonders in den neuen Bundesländern einen wichtigen Industrialisierungsimpuls gesetzt. Für die Standortwahl sind auch die ortsansässigen, hochmotivierten und hervorragend ausgebildeten Fachkräfte ausschlaggebend gewesen.

Mit dem High-Tech-Cluster "Solarvalley Mitteldeutschland" hat sich die Branche durch den Verbund von Hochschulen, Maschinenbauern und Forschungsinstituten an die internationalen Herausforderungen angepasst. Doch die Politik auf Landes- sowie Bundesebene und insbesondere die Bundesregierung hat es versäumt, die wirtschafts- und industriepolitischen Rahmenbedingungen so weiterzuentwickeln, dass auch die Produktion von Photovoltaikkomponenten als rentabler Teil der Wertschöpfungskette vor Ort sichergestellt ist. Auch von der EU-Ebene, insbesondere vom deutschen Energie-Kommissar Oettinger, kamen keine Impulse für eine aktive Solarindustriepolitik.

Damit werden jetzt auch die Beschäftigten von Bosch Solar Energy zu den Leidtragenden einer Entwicklung, die sich bereits seit 2009 abgezeichnet hat. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat außerhalb des Erneuerbare-Energien-Gesetzes keine aktive Industriepolitik für den Photovoltaiksektor und die Solarbranche betrieben. Gleichzeitig hat es die Landesregierung in ihrer Zerstrittenheit nicht vermocht, das Thema zur Chefsache zu machen. Damit hat sie die notwendige Ausrichtung auf eine Zusammenarbeit auf mitteldeutscher Ebene mit Sachsen und Sachsen-Anhalt verbaut.

Für die Fraktion:

Siegismund